

Lärmrealität liegt weiter über vertraglich fixierten Grenzwerten

(kso). Zum Glück gingen nur zwei Regenschauer über dem Infostand an der Karlsruher Straße nieder, den die Bürgerinitiative Stille Schiene Hockenheim e.V., gemeinsam mit Vertretern aller im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien, am Samstagvormittag aufgebaut hatte.

Ziel dieser fraktionsübergreifenden Aktivität war die Information vom Bahnlärm betreffender Hockenheimer Bürger hinsichtlich der am 30. Juni ab 9.30 Uhr in der Stadthalle stattfindenden Anhörung zum laufenden Planfeststellungsverfahren „Anpassung Schallschutz in Hockenheim“. Nachdem vor zwei Jahren mehr als 700 Einwendungen aus Hockenheim gegen die von der Bahn beantragte Planfeststellung eingegangen waren, haben die insgesamt ca. 10.000 insbesondere nachts vom Bahnlärm betroffenen Hockenheimer am 30. Juni eine weitere Gelegenheit, ihre persönliche Betroffenheit gegenüber Vertretern der Bahn,



Bahnlärm-Infostand mit Vertretern von BISS und aller Parteien, hier mit (von links) Horst Waldmann (BISS), Daniel Born (SPD-Landtagskandidat) und Adolf Härdle (Die Grünen)
Foto: kso

des Eisenbahnbundesamts und des Karlsruher Regierungspräsidiums zum Ausdruck zu bringen und sich somit gegen jene unsinnige Billiglösung zu wehren, mit deren Hilfe die Bahn versucht, sich mittlerweile über 30 Jahre alter vertraglicher Verpflichtungen zu entziehen. In dem Vertrag von 1981 war vereinbart worden, dass die Bahn die Einhaltung eines Mittelungspegels von 50 dB(A) sowie eines Maximalpegels von 65 dB(A) garantiert.

Bis heute liegt die Hockenheimer Bahnlärm-Realität weit über diesen vertraglich fixierten Grenzwerten. Eine Umsetzung der von der Bahn beantragten Maßnahmen würde diese Abweichungen von der vertraglichen Vereinbarung nicht nur langfristig zementieren, sondern die Hockenheimer Bevölkerung zudem den in den kommenden zehn Jahren zu erwartenden Erhöhungen des Güterverkehrs-Volumens und der daraus folgenden Erhöhung

des Bahnlärm-Niveaus um weitere 40 % schutzlos ausliefern. Es war deshalb das gemeinsame Ziel aller politischen Kräfte und der Bürgerinitiative, mit dem Infostand nochmals massiv für eine Teilnahme möglichst vieler Mitbürger an der Anhörung am 30.6. zu werben und damit den Maßnahmen- und Entscheidungsträgern deutlich zu machen, dass der Hockenheimer Widerstand gegen das vorgeschlagene Maßnahmenpaket ungemindert fortbesteht.